



Bezirksregierung
Dezernat 25.16
48128 Münster

Hinweise:

Ihr Antrag wird in einfacher Ausfertigung sowie per E-Mail an das Postfach personenbefoerderung@brms.nrw.de benötigt.
Zutreffendes bitte ankreuzen ☑ oder ausfüllen.
Die personenbezogenen Daten dieses Antrages werden aufgrund von § 12 PBefG erhoben. Reicht der vorgesehene Platz nicht aus, sind Beiblätter zu verwenden, die als Anlagen gekennzeichnet sind.

Aktenzeichen der Bezirksregierung:

25.16

Antrag auf Erteilung der Genehmigung für einen Gelegenheitsverkehr nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG)

- Mietomnibusverkehr (§ 49 Abs. 1 PBefG)
 Ausflugsfahrten mit KOM (§ 48 Abs. 1 PBefG)
 Ferienziel-Reisen mit KOM (§ 48 Abs. 2 PBefG)

1.	Name / Firma des Antragstellers (genaue Bezeichnung des Unternehmens)			
	Betriebssitz (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)			
	Telefon	Mobil	Telefax	E-Mail
	Rechtsform des Unternehmens			
	Umsatzsteuer-Identifikationsnummer:		Anzahl der beschäftigten Personen im Unternehmen:	
	Angaben über den / die Inhaber /Vorstand/ den Geschäftsführer/die Geschäftsführerin			
2.	a) Name (ggf. auch Geburtsname)		Vorname(n)	
	Wohnsitz (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)			
	Funktion im Unternehmen			
	Familienstand	Geburtstag	Geburtsort	Staatsangehörigkeit

7.

Als Anlagen sind im Original beizufügen (die mit einem gekennzeichneten Anlagen sind stets erforderlich):

- Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit nach Art. 7 Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 (siehe Anlage 1)
- Fahrzeugaufstellung (siehe Anlage 2)
- Letzten Untersuchungsbericht sowie letztes Prüfprotokoll für die Kraftomnibusse, die in der Fahrzeugaufstellung aufgeführt sind
- Zulassungsbescheinigungen Teil I (Fahrzeugscheine) für die Kraftomnibusse, die in der Fahrzeugaufstellung aufgeführt sind
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Gemeinde des Betriebssitzes über die steuerliche Zuverlässigkeit – nicht älter als drei Monate
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes des Betriebssitzes über die steuerliche Zuverlässigkeit – nicht älter als drei Monate
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der zuständigen Stellen über die ordnungsgemäße Entrichtung der Beiträge zur Sozialversicherung sofern Sie eigene Beschäftigte haben (auch Minijobs) – nicht älter als drei Monate
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft über die ordnungsgemäße Entrichtung der Beiträge – nicht älter als drei Monate
- Nachweis der fachlichen Eignung für den Verkehrsleiter (siehe auch Nr. 3 des Antrags)
- Polizeiliche/s Führungszeugnis/se (Belegart O oder P) für
 - den/die Inhaber (bei Handelsgesellschaften für die Gesellschafter) / den Geschäftsführer/die Geschäftsführerin
 - den Verkehrsleiter
- Auskunft aus dem Fahreignungsregister beim Kraftfahrtbundesamt (Anträge bei der Gemeinde oder im Internet) für
 - den/die Inhaber (bei Handelsgesellschaften für die Gesellschafter) / den Geschäftsführer/die Geschäftsführerin
 - den Verkehrsleiter
- Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (Anträge bei der Gemeinde) für
 - den/die Inhaber (bei Handelsgesellschaften für die Gesellschafter) / den Geschäftsführer/die Geschäftsführerin
 - den Verkehrsleiter
 - bei juristischen Personen auch für das Unternehmen (z.B. GmbH)
- Sind Sie im Handelsregister eingetragen? ja nein
Falls ja, ist der Handelsregisterauszug beizufügen.
- Arbeitsvertrag bei externem Verkehrsleiter (siehe auch Nr. 3 des Antrags)
- Gewerbeanmeldung bei Ersterteilung
- Bei einem Antrag auf Ersterteilung der Genehmigung durch eine GmbH:
Gesellschafterliste
Gesellschaftsvertrag
Geschäftsführervertrag
- Bei einem Antrag auf Wiedererteilung der Genehmigung durch eine GmbH:
Haben sich Änderungen hinsichtlich der Gesellschafterliste,
des Gesellschaftsvertrags, des Geschäftsführervertrags ergeben? ja
nein
Falls ja, die aktuelle Ausfertigung ist beizufügen.

Die Genehmigungsbehörde behält sich die Vorlage weiterer Unterlagen nach § 12 Abs. 3 PBefG vor!

8.	Bemerkungen:		
9.	<p>Hinweise zum Datenschutz:</p> <p>Die Verwaltungsbehörde ist nach § 54c PBefG in Verbindung mit § 15 des Güterkraftverkehrsgesetzes (GüKG) in Verbindung mit Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 verpflichtet, Angaben über Inhaber von Berechtigungen für den gewerblichen Personenverkehr sowie über die Personen der geschäftsführungs- und vertretungsberechtigten Gesellschafter, der gesetzlichen Vertreter und des Verkehrsleiters in einem Unternehmen des Personenverkehrs einschließlich Angaben über die Bescheinigung der fachlichen Eignung des Verkehrsleiters nach Maßgabe des § 2 Absatz 1 der Verkehrsunternehmensdatei-Durchführungsverordnung (VUDat-DV) in Verbindung mit Artikel 16 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 an die Verkehrsunternehmensdatei beim Bundesamt für Güterverkehr zu übermitteln.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass die in § 2 Abs. 3 VUDat-DV in Verbindung mit Artikel 16 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 aufgeführten Informationen im öffentlich zugänglichen Bereich der Verkehrsunternehmensdatei gespeichert und für jedermann über das Internet unter www.verkehrsunternehmensdatei.de einsehbar sind.</p>		
10.	<p>Ich versichere, dass ich die Angaben in diesem Antrag und in den beigefügten Anlagen, die Bestandteil dieses Antrages sind, nach bestem Wissen richtig und vollständig gemacht habe und dass ich die Hinweise zum Datenschutz zur Kenntnis genommen habe.</p> <table border="1" data-bbox="172 680 1326 837"><tr><td data-bbox="172 680 588 837">Ort, Datum</td><td data-bbox="740 680 1326 837">(Unterschrift des Antragstellers)</td></tr></table>	Ort, Datum	(Unterschrift des Antragstellers)
Ort, Datum	(Unterschrift des Antragstellers)		

**Eigenkapitalbescheinigung
zum Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit nach Art. 7 Verordnung (EG) Nr. 1071/2009**

Das Unternehmen

verfügt am Stichtag* _____

über folgendes Eigenkapital:

- I. Kapital _____
- II. Kapitalrücklage _____
- III. Gewinnrücklagen: _____
 - 1. gesetzliche Rücklage _____
 - 2. Rücklage für eigene Anteile _____
 - 3. satzungsgemäße Rücklagen _____
 - 4. andere Gewinnrücklagen _____
- IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag _____
- V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag _____

Eigenkapital _____

Auf Grund der vorgelegten Unterlagen wird hiermit das ausgewiesene Eigenkapital bestätigt. Von der Ordnungsmäßigkeit der Unterlagen habe ich mich/haben wir uns überzeugt.

(Ort, Datum)

(Stempel und Unterschrift einer zur unbeschränkten geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuersachen befugten Person oder Gesellschaft – § 3 StBerG – oder des Kreditinstitutes)

* Darf zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht länger als 1 Jahr zurückliegen.

**Zusatzbescheinigung zum Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit
im gewerblichen Personenverkehr**

für das Unternehmen _____

Dem Eigenkapital, das nach Artikel 7 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 anhand von geprüften Jahresabschlüssen nachzuweisen ist, können folgende Beträge hinzugerechnet werden:

1. Reserven im

a) unbeweglichen Anlagevermögen _____

b) beweglichen Anlagevermögen _____

Summe _____

2. Unbelastetes Privatvermögen des persönlich haftenden Unternehmers

a) Grundstücke Verkehrswert

_____ (Person) _____

_____ (Person) _____

_____ (Person) _____

b) Bankguthaben _____

_____ (Person) _____

_____ (Person) _____

_____ (Person) _____

c) Forderungen (nicht Gesellschafterdarlehen) _____

_____ (Person) _____

_____ (Person) _____

_____ (Person) _____

d) sonstige Vermögensgegenstände (bitte bezeichnen) _____

_____ (Person) _____

_____ (Person) _____

_____ (Person) _____

Summe _____

3. Zu Gunsten des Unternehmens beliehene Gegenstände des Privatvermögens der Gesellschafter:

a) Grundstücke	Höhe der Beleihung
_____ (Person)	_____
_____ (Person)	_____
_____ (Person)	_____
 b) Sicherungsübereignungen	
_____ (Person)	_____
_____ (Person)	_____
_____ (Person)	_____
 c) Sicherungsabtretungen	
_____ (Person)	_____
_____ (Person)	_____
_____ (Person)	_____

	Summe _____
Gesamtsumme aus 1. bis 3.:	_____

Die oben aufgeführten Beträge wurden dem Unterzeichner sowohl dem Grunde als auch in der Höhe

- nachgewiesen.
- plausibel gemacht. Stichtag ist der _____

(Ort, Datum)

(Stempel und Unterschrift einer zur unbeschränkten geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuersachen befugten Person oder Gesellschaft – § 3 StBerG – oder des Kreditinstitutes)

Fahrzeugaufstellung

Anzahl der KOM, mit denen Personenbeförderung durchgeführt wird (Gelegenheits-, Linien-, Sonderlinienverkehr sowie Verkehre, die § 1 S. 1 Nr. 4 der Freistellungs-Verordnung unterliegen) sowie Anzahl der Fahrzeuge zwischen 2,5 – 3,5 to

Lfd. Nr.	Amtliches Kennzeichen	Sitzplätze